

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/KKV/62

Bonn, den 3. April 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Die "Rückendeckung" ist längst gegeben</u> Notwendige Bemerkung vor dem USA-Flug Willy Brandts	44
2	<u>Prüfstein Griechenland</u> Von Dr. Hans Apel, MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion	31
3 - 3a	<u>Sind das "Müchterne Analysen"?</u> Drei Stimmen der Opposition über SPD- und FDP-"Strömungen"	75
4	<u>Briefträgerstreik in Amerika</u> Interessante Begleiterscheinungen Von Paul Neumüller, New York	48

Die "Rückendeckung" ist längst gegeben

Notwendige Bemerkung vor dem USA-Flug Willy Brandts

sp - Das sogenannte Oppositions-Gerede im Vorraum der Washingtoner Brandt-Nixon-Konferenz, daß der Bundeskanzler in die USA fliege, um sich dort die "Rückendeckung" des USA-Präsidenten für "seine Ostpolitik" zu holen, wird auch dadurch nicht politisch gehaltvoller, daß es von den CDU- und CSU-Sprechern in stets neuen Variationen auf dem inzwischen für derlei Gerede kaum noch aufnahmefähigen Markt immer noch unterzubringen versucht wird. Wenn man von parteipolitisch der Union mehr oder weniger "nähestehenden" Meinungsorganen absieht, ist das Echo gerade auf solche Desinformationen praktisch gleich Null. Um es aber auch für den letzten Nachplapperer deutlich zu machen:

Der Bundeskanzler und sein Außenminister brauchen für ihre Deutschland- und Ostpolitik keine "Rückendeckung" mehr, die sie sich jetzt etwa noch in den USA oder bei einem der anderen Westpartner einholen müßten. Was, um bei dem nach den Reiseplänen aktuellsten Verbündeten zu bleiben, insbesondere die USA angeht, so ist kein Zweifel mehr daran erlaubt, daß die miteinander abgestimmten Bonner Ostaktionen von Anfang an mit vollster Rückendeckung und Zustimmung Washingtons begonnen worden sind und weitergeführt werden. Brandt wird im Weißen Haus also zwar seinem Gastgeber Nixon noch einmal persönlich über Erfurt informieren und damit die seit Erfurt in Washington vorliegenden umfassenden Berichte aus seiner Sicht vor allem über das Vier-Augen-Gespräch mit dem DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph ergänzen und vertiefen. Brandt wird außerdem solche Komplettierungshinweise über die Moskau- und Warschau-Konferenzen der Staatssekretäre Bahr und Duckwitz machen. Aber die Vorstellung, der Bundeskanzler wolle jetzt noch einmal ein amerikanisches Plazet einholen, ist so unions-provinziell, daß sie verständlich werden läßt, mit welchen Handikaps die auch in sich selbst uneinige Unionsführung fertig zu werden hat, um die schrille Dissonanz der weit auseinandergehenden Stimmen des eigenen Lagers auch nur zu übertönen.

Die Naßforschheit, mit der etwa der Generalsekretär Dr. Bruno Heck oder der stellv. Parteivorsitzende Dr. Stoltenberg oder gar der Rundumpolitiker Dr. Martin ihre untereinander so schlecht koordinierten Ansichten zur Deutschland- und Ostpolitik von sich geben, ist kein Ersatz für eine brauchbare Alternative, die die CDU, wenn sie könnte, so gerne der klaren Marschroute der SPD/FDP-Regierung entgegensetzen möchte. Die Potenzlosigkeit der Spitze, die sich in der Führungslosigkeit der ganzen Partei und damit in der lähmenden Frustriertheit der Unionsopposition dokumentiert, muß alle politischen Kräfte außerhalb der CDU bedenklich und besorgt machen. Die Bundesregierung braucht einen im Wollen und Können kräftigen Oppositionspartner. Was heute aus der CDU-Parteizentrale und aus dem CDU-Flügel des Bundeshauses herausgetragen wird, wiegt viel zu leicht.

Prüfstein Griechenland

Von Dr. Hans Apel, MdB,

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Alles das, was die griechische Junta als Prozeß der Demokratisierung ausgibt, ist eine Farce. Wir haben es in Athen mit einer Gruppe ehemaliger Militärs zu tun, die die Macht aus eigensüchtigen Gründen in den Händen hält und gegen das Volk regiert. Diese Feststellungen ergeben sich zwingend aus den zurzeit in Athen laufenden bzw. bereits mit ungerechten Strafen abgeschlossenen Prozessen. Diese Feststellungen sind auch nicht neu. Neu ist lediglich, daß das Militärregime zunehmend letzte Rücksichtnahmen auf die öffentliche Meinung im In- und Ausland fallen läßt und immer öfter die Contenance verliert. Es hat erfahren müssen, daß der Wille des griechischen Volkes, die unwürdige Unterdrückung seiner elementaren Bürgerrechte abzuschütteln, unbeugsam ist. Es wird keinen Kompromiß zwischen den griechischen Demokraten und ihren Widersachern geben. Der Widerstand im Lande wächst gegen Terror und Gewalt.

Das bedeutet aber nichts anderes, als daß wir uns auf eine Phase wachsender Rücksichtslosigkeit der Militärjunta einrichten müssen. Das muß auch seine Auswirkungen auf die äußeren Beziehungen dieses Landes haben. Denn können wir tatenlos zusehen, wenn echte Demokraten und politische Freunde, für die wir uns immer wieder eingesetzt haben, als Kommunisten diffamiert werden und in den Zuchthäusern und KZs des Landes dahinvegetieren? Zu lange schon dauert das Leid und ändern konnten wir nur wenig. Doch das enthebt uns nicht unserer Verpflichtung, die Athener Machthaber immer wieder mit ihren Verstößen gegen die Grundrechte ihres eigenen Volkes zu konfrontieren. Griechenland ist ein Prüfstein für die freie Welt und ihre Überzeugungen. Wir müssen die Informations-sendungen nach Griechenland verstärken. Es darf dem Regime keine Wirtschaftshilfe zufließen, die seine Macht stabilisiert. Keine Waffenhilfe für den Kampf des Regimes gegen die Demokraten. Wir müssen jeder Anmaßung des Regimes gegenüber Gastarbeitern entgegentreten. Die westlichen Länder werden gemeinsam handeln müssen oder eines Tages ein schreckliches Erwachen erleben.

Sind das "nüchterne Analysen"?

Drei Stimmen der Opposition über SPD- und FDP-"Strömungen"

W.I. - Die Opposition möchte noch "vor Kassel" eine Bundestagsdebatte über die Deutschland-Politik erzwingen. Der CDU-Abgeordnete Olaf von Wrangel, der dies mitteilte und eine Große Anfrage an die Bundesregierung ankündigte, meinte gleichzeitig, mit einigen Forderungen an die Adresse Ost-Berlins wolle man nicht etwa stören, sondern vielmehr der Regierung den Rücken stärken und "elementare Voraussetzungen für ein Gesprächsklima" schaffen. Auch sei es nötig, wegen der nicht nachlassenden Querelen Ost-Berlins die Möglichkeiten künftiger Gespräche "sorgfältig und nüchtern zu analysieren". Olaf von Wrangel ließ aber nicht erkennen, daß der CDU/CSU die Kraft zu nüchternen Analysen, die ihr seit einiger Zeit abhanden gekommen war, inzwischen wieder zugewachsen wäre.

Außer Gerhard Schröder hat sich kaum jemand im Lager der Opposition gewillt und fähig gezeigt, auf östliche Forderungen nicht mit Gegenforderungen zu reagieren und östliche Polemiken souverän zu überhören. Die geduldige Beharrlichkeit, mit der etwa einst die Österreicher ihren Staatsvertrag mit der Sowjetunion aushandelten, ist der CDU/CSU in der Bundesrepublik, insgesamt gesehen, bisher fremd geblieben. Und eine Geschmeidigkeit, wie sie einst von den mit Moskau verhandelnden Donaustädtern an den Tag gelegt wurde, gilt einigen Lautsprechern am Rhein einfach nur als Schwäche.

Wie wenig die CDU/CSU zur Zeit zu nüchternen Analysen fähig ist, sei hier kurz erläutert am Beispiel einiger C-Außerungen über angebliche Strömungen in der heutigen SPD und FDP.

Dr. Stoltenberg meinte in einem Interview mit "Christ und Welt", heute würden viele deutsche Sozialdemokraten nach einer Gesellschaft streben, die halb an Titos Jugoslawien und halb an Olof Palmes Schweden ausgerichtet sei.

Welch' eine Mischmasch-Vision!

Jugoslawien ist das Land, in dem der Kommunismus freiheitlicher gehandhabt wird als in vielen anderen KP-beherrschten Ländern. Jugoslawiens Kommunismus unterscheidet sich von dem zentralistischen Bürokratismus anderer kommunistischer Länder so erheblich, daß Herbert Wehner einmal geäußert hat, wieviel leichter die innerdeutsche Annäherung doch wäre, wenn die DDR einen auch nur halbwegs jugoslawischen Kurs einschläge.

Schweden hingegen stellt sich vor als das Musterland des "Sozialdemokratismus", der - wie jede Sozialdemokratie - den Pluralismus

in der Gesellschaft wie seinen Augapfel hütet und dennoch beweist, daß ein ständiger Fortschritt möglich ist, hin zu mehr Chancengleichheit und zu immer größerer sozialer Gerechtigkeit. - Daß es einen Sozialdemokraten gäbe, der hier nicht zu differenzieren weiß, ist Stoltenbergs Erfindung. Eine "Analyse" ist es zweifellos nicht.

Der "Deutschland-Union-Dienst" (DUD) der CDU tischt denn auch eine andere Version auf. Nach der Selbstauflösung des SDS sieht er die SPD - und die FDP - unterwandert von dem Häuflein einstiger SDSler, die sich zur DKP geschlagen haben. Unter der Überschrift "Der SDS ist tot - die Linke lebt" liest man da, nicht bei der Arbeiterschaft, aber bei der akademischen Jugend könnte die DKP Boden unter die Füße bekommen, und zwar innerhalb der SPD und FDP, die beide heute "die extreme Linke in ihren eigenen Reihen" hätten. Folgt die Sequenz: "Langfristig kann diese Entwicklung dazu führen, daß die gemeinsame politische Basis der Bundestagsparteien, deren Umfang und Grenzen im Grundgesetz festgelegt sind, zerbricht."

Die Pleite des SDS ist demnach gar keine Pleite. Das Häuflein, das an seiner Schwäche zugrunde ging, wird jetzt vom DUD aufgeblasen zu einem Phantom, dem man zutrauen soll, er könne zwei alt bewährte demokratische Parteien in ihrer Basis zerstören.

Nein, mit der analytischen Kraft der CDU/CSU ist es nicht weit her. Der "Rheinische Merkur" weiss das. In ihm bedauert Jürgen Wahl "die lange Abstinenz von der Grundsatzdiskussion" der CDU und "die Sorglosigkeit vieler Unionspolitiker gegenüber dem Bewußtseinswandel der jungen Generation". Goldene Worte in der Tat, wenn auch der, der sie schrieb, am Ende der CDU nichts Besseres zu raten weiß als: mehr Kampfgeist im Sinne der CSU.

Einer dermaßen in sich zerstrittenen Opposition jedoch, die den Regierungsparteien Tendenzen andichtet, die sie - wie unterschiedlich sie auch sein mögen - allemal als "Analysen" verkauft, kann man am wenigsten zutrauen, sie werde die weltpolitischen Gesichtspunkte, die es bei jeder auf Friedenssicherung bedachten Deutschland- und Europapolitik zu berücksichtigen gilt, erkennen und in der richtigen Weise - fest und behutsam zugleich - bei einer Deutschlanddebatte im Bundestag ansprechen können. Darum sehen wir wenig Chancen für Olaf von Wrangels Beghären, und darum meinen wir, auf eine "Rückenstärkung" für die Regierung durch die C-Parteien sei in keinem Falle zu hoffen. Selbst dann nicht, wenn sie besten Willens wären.

Briefträgerstreik in Amerika

Interessante Begleiterscheinungen

Von Paul Neumüller, New York

Zum erstenmal in der Geschichte Amerikas traten am 18. März 1970 die Briefträger, zuerst nur in New York, in den Streik. Allein im "business-district" Manhattan, in dem täglich 35 Millionen Postsendungen abgefertigt werden, war der gesamte Postverkehr für eine volle Woche völlig lahmgelegt.

Es verpflichtet den neutralen Beobachter zum ernsthaften Nachdenken, wenn festgestellt werden muß, daß sich dieser Streik spontan im Lande ausbreitete, trotzdem ein gesetzliches Streikverbot für alle Regierungsangestellten einschließlich der Briefträger besteht und trotz Gerichtsbeschlüssen, daß die Briefträger unverzüglich ihre Arbeit wieder aufzunehmen haben. Selbst die Entsendung von Armee-Einheiten nach New York mit dem Ziele, die Briefträger durch Soldaten zu ersetzen, brachte keinen Erfolg. Der Grund des Streiks: Berechtigte Ansprüche auf Gehaltserhöhungen, wie sie auch anderen Berufsgruppen in den letzten Monaten gewährt wurden, hatte die Bundesregierung mit der Begründung abgelehnt, daß dies noch mehr die heranschleichende Inflation fördern würde.

Erst die feste Entschlossenheit der Briefträger, nicht mehr weiter unter den jetzigen Arbeitsbedingungen zu arbeiten, bewirkte den Präsidenten und den Kongreß, verbindliche Lohnerhöhungen anzubieten. Daraufhin kehrten die meisten Briefträger zu ihrer Arbeit zurück. Ihr Gehalt betrug bisher im Anfangsjahr jährlich 6.176 Dollar und steigerte sich nach 21 Beschäftigungsjahren auf ein Höchstgehalt von jährlich 8.442 Dollar. Der Familienstand des Bediensteten blieb hierbei, genau wie bei den übrigen Berufsgruppen, völlig unberücksichtigt. Dies führte in zahlreichen Fällen zu dem Ergebnis, daß eine kinderreiche arme Familie eine höhere monatliche Wohlfahrtsunterstützung erhält, als ein Briefträger mit gleich großer Familie als Einkommen mit nach Hause brachte.

Die Auswirkungen des Streiks sind noch nicht abzusehen. Nicht nur die Börse, Banken und Versicherungen, sondern das gesamte Wirtschaftssystem, überwiegend in New York, müssen schwere finanzielle Verluste in Kauf nehmen. Die Streikauswirkungen haben aber auch eine andere Sache ans Tageslicht gefördert, nämlich die Armut einer breiten Bevölkerungsschicht, die sicherlich nicht stolz darauf ist, Mitbürger der reichsten Nation der Erde zu sein. Über 25 Millionen Einwohner sind in Sorge, ob sie Anfang April ihre Sozialversicherungsrente, die noch nicht einmal das Existenzminimum deckt, mit der Post zugestellt erhalten. Auch die 1,2 Millionen Wohlfahrtsempfänger der Stadt New York haben die gleichen Sorgen.

Nicht nur der Streik der Briefträger, sondern auch die Streikbewegungen in anderen Berufsgruppen und die große Unzufriedenheit der gesamten Arbeitnehmer über das Fehlen jeglicher sozialer Sicherheit - keine Sicherung des Arbeitsplatzes, keine staatliche Krankenversicherung, kein Kindergeld, unbedeutende Arbeitslosenversicherung und völlig ungenügende Altersversorgung - müssen zu dem Ergebnis führen, daß Amerika sein gesamtes Arbeits- und Sozialrecht von Grunde auf zu reformieren hat.

FEHLANZEIGE

JAHRGANG

25

ZEITUNGSNUMMER

62

DATUM

03. 04. 1970

Seite 5 fehlt ✓

